

aus Gewissensgründen zurück. 1998 erhob sie gegen das inzwischen beschlossene Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität Verfassungsbeschwerde. 2004 bestätigte das Bundesverfassungsgericht, dass der Große Lauschangriff teilweise gegen die Menschenwürde verstoße und deshalb verfassungswidrig sei. Auch gegen die von der Großen Koalition beschlossene Mindestspeicherfrist für Telekommunikationsdaten erhob Leutheusser-Schnarrenberger Verfassungsbeschwerde. 2010 erklärte das Bundesverfassungsgericht die sogenannte Vorratsdatenspeicherung für verfassungswidrig. Für Schwarz zeigten diese beiden Stationen in ihrem bewegten politischen Leben beispielhaft ihr Verständnis von Freiheit. Freiheit im Rechtsstaat bedeute Freiheit vor staatlichen Eingriffen in die Freiheitsgrundrechte, wie sie in ihrem Plädoyer »Mut zur Freiheit« schreibe.

Laudator Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Ehrenpräsident des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB), zeichnete via Videoübertragung das Bild einer in vielen Bereichen engagierten Juristin und Politikerin, die sich auf vielfältige Weise für die Freiheit als Leistungsprinzip der Gesellschaft eingesetzt habe: Etwa ihr kraftvolles Eintreten gegen die Todesstrafe in China oder gegen den Antisemitismus. Auf ihre Initiative habe die Bundesregierung 2011 außerdem die Magnus-Hirschfeld-Stiftung zur Förderung der Erforschung geschlechtlicher und sexueller Diversität unterstützt.

Mit Blick auf ihr Engagement für die Freien Berufe und die Förderung des freiberuflichen Mittelstands sagte Ewer: »Die Freien Berufe schulden ihr großen Dank für die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung PartGmbH«. Die Juristin habe sich insbesondere stark gemacht, dass bei einer Berufsausübung in dieser

Rechtsform eine Haftung für aus fehlerhafter Berufsausübung entstehende Schäden auf das Gesellschaftsvermögen beschränkt bleibt. Damit sei die Existenzgefährdung durch persönliche Haftung ausgeschlossen. Hierdurch werde es auch mittleren und kleineren freiberuflichen Unternehmen ermöglicht, wirtschaftlich interessante, aber mit hohen Haftungsrisiken verbundene Aufträge zu übernehmen, so Ewer.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger bedankte sich für die Auszeichnung nicht ohne den Hinweis, dass eine offene Gesellschaft auf Freiheit und Grundrechten basiere, dies aber nicht selbstverständlich sei und immer wieder Gefahr laufe, bedroht und eingeschränkt zu werden. Sie bezeichnete die Freien Berufe als Garant für diese offene Gesellschaft, in der selbstbestimmtes Leben möglich sei, sie hätten aber auch die Verantwortung, Werte zu verteidigen und sich für ihre Belange über die Grenzen hinaus einzusetzen. »Lassen wir es nicht zu, dass Demokratiefeindlichkeit Raum gewinnen kann«, so ihr Schlussappell.

Die Trägerin des Ehrenpreises 2022 der Freien Berufe befindet sich in guter Gesellschaft. Mit dem Ehrenpreis des Verbandes Freier Berufe in Bayern, eine schwere Skulptur aus Volledelstahl, sind bereits ausgezeichnet worden: der Architekt und Karikaturist Ernst Maria Lang (2006), die Politikerin Dr. Hildegard Hamm-Brücher (2007), Dr. Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europäischen Parlaments a. D. (2008), Prof. Karl Kling, ehemaliger Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau (2012), der Dirigent Kent Nagano (2014), Bayerns ehemalige Sozialministerin Christa Stewens (2015), der Karikaturist, Journalist und Buchautor Dieter Hanitzsch (2016), der Journalist Hans Leyendecker (2017) sowie der Kabarettist, Liedermacher und Arzt Dr. Georg Ringsgwandl (2019). ●

VFB bei Umweltminister Thorsten Glauber und Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Kompetenz der Freien Berufe nutzen

Erkenntnisse aus dem Umgang mit der Corona-Pandemie waren Thema bei zwei Treffen des Verbandes Freier Berufe in Bayern mit Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung. An Staatskanzleichef Dr. Florian Herrmann wurde der Wunsch herangetragen, die Fachkompetenz der Freien Berufe mehr zu nutzen. Von Umweltminister Thorsten Glauber forderte der Verband, die Bürokratieentlastung aus der Pandemie fortzuführen.

Beim Gespräch mit Dr. Herrmann machte VFB-Präsident Michael Schwarz deutlich, dass er in der Pandemie bei der Taskforce Wirtschaft sehr gut eingebunden war und dort den Fokus auf die kleinteiligen Strukturen der Freien Berufe legen konnte. Eine solche fehlte im Bereich

der Gesundheits- und Gesellschaftspolitik. So waren niedergelassene Ärzteschaft, Zahnärzteschaft, Apothekerschaft, Pflegende, Klinikbetreiber nicht immer ausreichend eingebunden. Die Freien Berufe seien bereit, ihre Kompetenz noch mehr einzubringen und Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Bei Umweltminister Thorsten Glauber berichtete Schwarz, dass die Freien Berufe in der Pandemie vielfach Erleichterungen im Sinne des Umweltschutzes erfahren haben. Er nannte Beispiele aus dem Alltag von Freiberuflern, etwa das Umfüllen aus 10-Liter-Kanistern Desinfektionsmittel in kleinere Einheiten durch den Zahnarzt selbst oder die eigene Herstellung von Desinfektionsmitteln durch die Apotheken. Die Freien Berufe wollen Erleichterungen aus der Pandemie erhalten und weiter Bürokratie abbauen. ● ●